

sungs- und Veränderungsdiskurs.“ (164) Damit seien sie die größten Verursacher des riskanten „Aufstandes“ des Populismus. Harte, in den Debatten über den Populismus selten zu hörende, aber beherzigenswerte Worte, zeigt doch ein historischer Blick auf das Phänomen, dass der Populismus nicht antimodernistisch *per se* ist, sondern eine Reaktion auf zu schnelle, unzureichend abgefederte Modernisierungsschübe.

Dagegen versteht *Paul Lucardie* die Kluft zwischen Eliten und Volk nicht als Elitenversagen, sondern als Wertekonflikt (27). Gerade die niederländischen Rechtspopulisten zeigen indessen, dass dieser Konflikt nicht, wie *Lucardie* annimmt, zwischen „modernen“ Werten und Verhaltensmustern auf Seiten der Eliten und „traditionellen Werten und Brauchtümern“ auf Seiten des Volkes liegt. Das ist zu kurz gegriffen. Fortuyn und Wilders treten gerade im Namen der modernen politischen Kultur *aller* Niederländer, auch der Volksschichten, auf. Traditionalistische Werthaltungen werden dagegen nach außen, auf den vermeintlich modernisierungsresistenten Islam, verlagert. Erst durch diese Externalisierung des Wertekonflikts gelingt es der rechtspopulistischen Außenseiterelite, ein identitätsstiftendes Bündnis mit dem autochthonen „Volk“ zu schließen. Das Buch richtet sich nicht nur an Wissenschaftler, sondern auch an schulische und außerschulische politische Bildner und erleichtert die Orientierung durch eine umsichtig kommentierte Bibliographie. Zu den Verdiensten dieses Buches gehören daher *last not least* auch die Beiträge von *Harald Führer* und *Marcel Lewandowsky* zur Behandlung des Themas im Schulunterricht und in der politischen Bildung. Abgesehen von curricularen Problemen

sehen sie vor allem in der chamäleonhaften Wandlungsfähigkeit des Phänomens (230f.) eine pädagogische Herausforderung.

Die Bandbreite der hier zu Wort kommenden Autoren zeigt sich in der Einschätzung des Phänomens. Sie reicht von kategorischer Ablehnung des Populismus als „destruktiver“ Kraft mit „anti-zivilisatorischer“ Komponente (234) bis zu der von der Rezensentin geteilten These der Herausgeber, dass der Populismus auch einen „Reinigungseffekt“ (10) haben kann.

Karin Priester

Historische Politikforschung

Merseburger, Peter. *Kurt Schumacher: Patriot, Volkstribun, Sozialdemokrat. Biographie*. München. Pantheon 2010. 560 Seiten. 16,99 €.

Drei Politiker aus drei politischen Parteien haben die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Entstehungsphase geprägt: Konrad Adenauer (CDU), Theodor Heuß (FDP), und Kurt Schumacher (SPD). Während zu Leben und Leistung Adenauers einige vorzügliche Biographien vorliegen, sind – gute – Werke über Schumachers Wirken Mangelware. Es ist daher zu begrüßen, dass die 1995 erstmals unter dem Titel „Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher“ erschienene Biographie von Peter Merseburger nunmehr in einer aktualisierten und mit einem klugen Essay des Verfassers zur Rolle der SPD in der Demokratie versehenen Neuauflage vorliegt. Wie bereits bei seiner Brandt-Biographie (Willy Brandt 1913-1992: Visionär und Realist.

Stuttgart und München: DVA 2002) gelingt es *Merseburger* auch dieses Mal, vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Situation der Zeit ein eindrucksvolles Bild seiner Persönlichkeit zu zeichnen.

Wer war Kurt Schumacher? Der Sohn eines Kaufmanns aus Culm/Chelmo, damals Westpreußen, zog, mit dem Notabitur versehen, als Freiwilliger in den Ersten Weltkrieg. Schon wenige Monate später ist der Krieg für ihn zu Ende, schwer verwundet und armamputiert versucht er mühsam, im zivilen Leben Fuß zu fassen. In Stuttgart, im liberalen Württemberg, findet er eine Anstellung als Redakteur bei dem SPD-Blatt „Schwäbische Tagwacht“. Bald wird er zu einem anerkannten Arbeiterführer, 1924 Landtagsabgeordneter, und schließlich zieht er 1930 in den Reichstag ein. Dort nimmt er scharf Stellung gegen die „Tolerierungspolitik“ der etablierten SPD-Führung gegenüber der Regierung Brüning. Er gehört zu der Mehrheit der SPD-Abgeordneten, welche das Ermächtigungsgesetz ablehnen – wohl wissend, dass er nun auf der Abschlusliste der Nationalsozialisten steht. Die Verhaftung erfolgt auf dem Fuße; neun Jahre, neun Monate und neun Tage verbringt er in NS-Gefängnissen und Konzentrationslagern, ehe er 1943 als physisches Wrack entlassen wird.

In den sieben Jahren nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes wird er zu einem leidenschaftlichen Kämpfer für ein demokratisches Deutschland. Von Hannover aus – als „Büro Dr. Schumacher“ – widmet er sich zunächst dem Wiederaufbau der SPD, versucht aber zugleich, die Weichen in Richtung auf ein sozialistisches (aus seiner Sicht nicht-totalitäres) und demokratisches (d.h. nicht-kommunistisches) Deutsch-

land zu stellen. Sein Ziel ist eine Partei demokratischer Sozialisten in scharfer Abgrenzung von den Kommunisten. Er lehnt daher ein Zusammengehen mit dem „Aktionsausschuss“ führender Berliner SPD-Politiker wie Gustav Dahrendorf und Otto Grotewohl scharf ab. Vor allem nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone bezieht er klare Frontstellung gegenüber den sowjet-hörigen Einheitssozialisten. Allmählich verschafft es sich durch seine Wahl zum „Zonenvorsitzenden“ der SPD in der britischen Zone eine Legitimation für die von ihm beanspruchte Führungsposition. Mit seinem im Ausland oft als „nationalistisch“ kritisierten Pochen auf Selbstachtung der Deutschen überwirft er sich bald mit den sozialistischen Parteiführern in Westeuropa. Sie sehen darin eine Anmaßung, die sich für den Vertreter eines besiegten Landes nicht zieme.

Zwei Wegmarken leiten Schumacher in der Verfolgung seiner politischen Ziele: seine in der Haft gestählten moralischen Überzeugungen und seine politischen Erfahrungen in der Weimarer Republik. Aus ihrem Scheitern zieht er die Lehre, dass künftig die wirtschaftlichen Machtpositionen der neuen Republik unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden müssten, um zu verhindern, dass die Bundesrepublik, wie die Weimarer Republik, an dem Bündnis zwischen Industrie und Großkapital zerbreche. Mit dieser Forderung kann er sich aber nicht durchsetzen, da die U.S. Besatzungsmacht alle Sozialisierungsbestrebungen verhindert. Obwohl ein führender Sozialdemokrat – Prof. Dr. Carlo Schmid – im Parlamentarischen Rat Vorsitzender des Hauptausschusses ist, der das Grundgesetz für die neue Republik ausarbeitet, kann

sich Schumacher mit seinem Bestehen auf einer starken Zentralgewalt nicht durchsetzen. Hinzu kommt, dass er die Verhandlungen nur vom Krankenbett aus verfolgen kann, da ihm aufgrund eines Arterienverschlusses im September 1948 das linke Bein amputiert werden muss. Sein Appell, bis zur Wiedervereinigung Deutschlands den Provisoriumscharakter des neuen Gemeinwesens zu betonen, entspricht auch den Auffassungen vieler anderer Parlamentarier. Am Ende gelingt es der SPD nur, gegen den Widerstand der CDU und der „Länderfürsten“ eine Bundeskompetenz in Finanzfragen durchzusetzen.

In den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag im August 1949 gewinnt die CDU eine dünne Mehrheit an Sitzen. Da Schumacher – trotz des Drängens der Amerikaner – es ablehnt, eine Koalition mit der CDU einzugehen, kann die von Konrad Adenauer geführte CDU mit der FDP und einigen kleineren Parteien eine Regierung bilden. Wie bereits bei der Ablehnung einer Übernahme von Verantwortung im Frankfurter Wirtschaftsrat, manövriert Schumacher mit seiner Fundamentalopposition – wie *Merseburger* zu Recht schreibt – seine SPD in eine dogmatische Sackgasse. Zunächst unterscheiden sich die inhaltlichen Positionen der Regierung Adenauer und der SPD-Opposition wenig voneinander; beide hielten zunächst am vorrangigen Ziel einer Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen fest. Die Hauptdifferenzen bestanden in der Haltung gegenüber den Besatzungsmächten und der Westbindung der Bundesrepublik – obwohl Schumacher letztere mit seinem scharfzüngigen Antikommunismus und seiner radikalen Ablehnung eines Zusammengehens mit

den Kommunisten in Ost-Berlin in gewisser Weise bereits vorweggenommen hat. Die erste große politische Auseinandersetzung findet in der Debatte über das Petersberger Abkommen statt, mit dem die drei Westmächte den Beitritt der Bundesrepublik zum Ruhrstatut in die Wege leiten wollen. Mit dem Vertrag soll die Schwerindustrie an Ruhr und Saar einer gemeinsamen Ruhrbehörde unterstellt und kontrolliert werden. Schumacher kritisiert an dem Abkommen nicht die europäische Komponente – so begrüßt er z.B. den Schuman-Plan – sondern vor allem die Tatsache, dass die Zugeständnisse der Westmächte in der Demontagefrage nicht weit genug gingen und dass die Bundesrepublik in der neuen Behörde nicht gleichberechtigt sein würde. Er fürchtet außerdem, dass eine Aufgabe der Oberhoheit über die deutsche Industrie ein hohes Hindernis für ihre spätere Verstaatlichung durch eine SPD-geführte Regierung sein könnte. Im Laufe der hitzigen Bundestagsdebatte am 24./25. November 1949 schleudert er Adenauer den Vorwurf entgegen, er agiere als „Kanzler der Alliierten“.

Eine ähnliche Frontstellung ergibt sich in der Debatte über den „Generalvertrag“. Mit diesem soll das Besatzungsstatut abgelöst und ein deutscher Verteidigungsbeitrag im Rahmen einer – von Frankreich – kontrollierten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in die Wege geleitet werden. Im Gegensatz zu vielen seiner Parteifreunde, z.B. Johannes Rau und Ehrhard Eppler, ist Schumacher aber kein Pazifist; er vertritt vielmehr eine – wie *Merseburger* schreibt – „beinahe provozierende Politik der Stärke“ (488). Der ihm häufig gemachte Vorwurf eines Pazifisten geht daher in die Leere. Er

stimmt zwar für seine Nachfolger, aber nicht für Schumacher. An einen deutschen Verteidigungsbeitrag stellt er zwei Bedingungen: Zum einen müssten die Deutschen in einer neuen Armee voll gleichberechtigt sein und dürften nicht als Kanonenfutter dienen. Zum anderen soll die Aufstellung deutscher Verbände hinter einem machtvollen Wall alliierter Divisionen entlang der Elbe erfolgen. Den Generalvertrag mit einer Vielzahl an diskriminierenden Bestimmungen lehnt er radikal ab; er erinnert an die Erfahrungen der Weimarer Republik und will die Linke von dem Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit bewahren. Mit dem scharfen Verdikt „Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein Deutscher zu sein“, macht Schumacher von nun ab gegen die Westpolitik der Regierung und die Europapläne der Westalliierten Front.

Unter dem Eindruck der Einheitsavancen aus Ostberlin Ende 1951 und der Stalin-Noten vom Frühjahr 1952 bröckelt die Übereinstimmung zwischen den Parteien auch in der deutschen Frage. Nach dem Scheitern des gemeinsamen Appells an die Vier Mächte, freie Wahlen unter internationaler Kontrolle in die Wege zu leiten, und der Festlegung der Regierung Adenauer auf die Westbindung der Bundesrepublik in den Pariser Verträgen, fordert die SPD eine selbstbewusste Prüfung der Stalin-Noten, um vielleicht noch bestehende Chancen für eine Wiedervereinigung nicht zu verpassen. Die von Moskau geforderte Neutralisierung lehnt Schumacher ab; er könnte sich aber vorstellen, dass ein wiedervereinigtes Deutschland darauf verzichtet, einem Militärbündnis beizutreten. Zum Test kommt es aber nicht, da ebenso wie Adenauer auch die Westal-

liierten eine Prüfung der Noten ablehnen. Den Fortgang der Debatte über den besten Weg zur deutschen Einheit erlebt Schumacher nicht mehr; er stirbt am 20. August 1952.

In seiner Biografie stellt *Merseburger* mit großer Klarheit dar, wie Schumacher unter dem Eindruck der Tragödie von Weimar falsche Schlüsse aus der Geschichte zieht und nicht in der Lage ist, die Situation im Nachkriegsdeutschland richtig einzuschätzen. Auf diese Weise macht er die SPD zu einer Partei von Pazifisten und Integrationsverweigerern. Erst Herbert Wehner und Willy Brandt gelingt es 1959-1960, die Sozialdemokraten aus der Isolation herauszuführen und allmählich wieder koalitions- und regierungsfähig zu machen. *Peter Merseburger* sei Dank dafür, dass er die Tragödie Kurt Schumachers mit einer überzeugenden Mischung aus Sympathie und kritischer Distanz klar herausarbeitet. Allerdings wäre der Band für die wissenschaftliche Forschung noch hilfreicher, wenn der Verfasser diesem zusätzlich zu der knapp gehaltenen Bibliographie ein Quellenverzeichnis beigegeben hätte.

Helga Haftendorn

Ullrich, Sebastian. *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 45)*. Göttingen. Wallstein Verlag 2009, 679 Seiten. 48 €.

Über lange Jahre wurde die Morgenröte der jungen Bundesrepublik von der schwarzen Wolke der Weimarer Republik überschattet. Würde die zweite deutsche Demokratie gefeit sein gegen das Schicksal der ersten deutschen De-